

## Forderungspapier

### Hitzeschutz in sozialen Organisationen, Einrichtungen und Diensten durch verlässliche und nachhaltige Finanzierung und Unterstützung stärken

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft den Klimawandel als die größte Bedrohung für die menschliche Gesundheit ein und unterstreicht vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens aus dem Jahr 2015 zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter.<sup>1</sup>

Extreme Hitzeereignisse bedrohen zunehmend die Gesundheit von Menschen weltweit. Auch in Deutschland nehmen Hitzewellen zu und führen zu einer erhöhten Krankheitslast sowie Mortalität.<sup>2</sup> Durch entsprechende verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen muss hier besser gegengesteuert werden. Insbesondere vulnerable Personengruppen, wie z.B. ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder hitzesensiblen Symptomatikern, Säuglinge und Kinder, sind durch extreme Temperaturen gesundheitlich besonders stark gefährdet.<sup>3</sup> Zudem zeigen sich deutliche soziale Unterschiede in der Belastung, Sensitivität und Anpassungsfähigkeit gegenüber Hitzewellen: u.a. der Wohnort und die Wohnverhältnisse, die Art der Arbeitstätigkeit, die physische und psychische Konstitution oder generelle Informations-/ Sprachbarrieren entscheiden über das Ausmaß der Auswirkungen hitzebedingter Gesundheitsbelastungen. Dies führt bereits jetzt dazu, dass Extremwetterereignisse, wie z. B. Hitzewellen, nicht nur die Gesundheit gefährden, sondern auch soziale Ungleichheiten verschärfen.

### Hitzeschutz in Deutschland – Es besteht Handlungsbedarf

Auch das Gesundheitswesen ist an Hitzetagen stark gefordert.<sup>4</sup> Krankenhauseinweisungen nehmen zu und das bereits durch knappe personelle Kapazitäten belastete Personal im ambulanten wie auch im stationären Bereich wird einer Doppelbelastung ausgesetzt – es

---

<sup>1</sup> Weltgesundheitsorganisation. (2021). Climate change and health. <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/climate-change-and-health>

<sup>2</sup> Deutscher Wetterdienst / Extremwetterkongress. (2022). Was wir 2022 über das Extremwetter in Deutschland wissen. Offenbach am Main, Deutschland. [https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle\\_meldungen/220928/Faktenpapier-Extremwetterkongress\\_download.pdf;jsessionid=62DDF5FBBB5E64D7E8B8536839CB5271.live21062?\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle_meldungen/220928/Faktenpapier-Extremwetterkongress_download.pdf;jsessionid=62DDF5FBBB5E64D7E8B8536839CB5271.live21062?_blob=publicationFile&v=5); sowie: Ballester, J., Quijal-Zamorano, M., Méndez Turrubiates, R.F. et al. (2023). Heat-related mortality in Europe during the summer of 2022. *Nat Med*, 29 (7), 1857–1866. <https://doi.org/10.1038/s41591-023-02419-z> und Ebi, K.L., Capon, A., Berry, P. et al. (2021). Hot weather and heat extremes: health risks, *The Lancet*, 398, 698-708. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(21\)01208-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(21)01208-3/fulltext)

<sup>3</sup> Ebi, K.L., Capon, A., Berry, P. et al. (2021). Hot weather and heat extremes: health risks, *The Lancet*, 398, 698-708. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(21\)01208-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(21)01208-3/fulltext)

<sup>4</sup> Steul, K. S., Latasch, L., Jung, H. G., et al. (2018). Morbidität durch Hitze – eine Analyse der Krankenhauseinweisungen per Rettungseinsatz während einer Hitzewelle 2015 in Frankfurt/Main. *Das Gesundheitswesen*, 80 (04), 353-359; sowie: Schillo, S., Richter, A.-K., Wasem, J. (2019). Untersuchung des Einflusses von Hitze auf Morbidität, Studie im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums - Abschlussbericht. Institut für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen.

spürt die Auswirkungen der Hitze unmittelbar am eigenen Körper und muss gleichzeitig Patient\*innen vor Hitzebelastungen schützen. Das Personal in Einrichtungen der gesundheitlichen und sozialen Daseinsvorsorge erlebt Jahr für Jahr die Auswirkungen von Hitze im Arbeitsalltag und setzt unter den gegebenen Umständen an heißen Tagen zugleich vielfältige zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Patient\*innen und Klient\*innen um. Dennoch müssen das Gesundheitssystem, soziale und öffentliche Einrichtungen, Organisationen und Dienste sowie die Gesellschaft als Ganzes auf zukünftige Extremwetterlagen besser vorbereitet sowie entsprechende Infrastrukturen zum Schutz geschaffen werden.<sup>5</sup> Krisen, wie die Corona-Pandemie, haben gezeigt, dass frühzeitige Planung und Vorbereitung nötig sind, um im Akutfall besser reagieren und Menschen effektiv und umfassend schützen zu können. Auch die in vergangenen Sommern vermehrt auftretenden Brände in Europa unterstreichen die Notwendigkeit, bereits jetzt Vorkehrungen für extreme Hitze in Deutschland zu treffen sowie weitere Anstrengungen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen - auch im Gesundheitssektor - zu forcieren.<sup>6</sup>

### **Hitzebedingte Herausforderungen und Bedarfe in sozialen Einrichtungen und Diensten**

Die freigemeinnützigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege bilden einen wichtigen Grundstein der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur in Deutschland und bieten ein breites Angebot der Versorgung, Beratung und Begleitung vulnerabler Menschen. Insofern müssen insbesondere Organisationen, Einrichtungen und Dienste des Sozial- und Gesundheitswesens besser beim Aufbau tragfähiger Hitzeschutzmaßnahmen unterstützt werden.

Der Paritätische Gesamtverband begrüßt, dass Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach das Thema Hitzeschutz auf die politische Agenda gesetzt hat,<sup>7</sup> betont jedoch auch, dass sich daran eine konsequente und ebenen- sowie ressortübergreifende Gesamtstrategie anschließen muss, die es in eine funktionierende Praxis zu überführen gilt.

Eine im Juli 2023 durchgeführte Umfrage des Paritätischen Gesamtverbands unter Paritätischen Mitgliedsorganisationen hat gezeigt, dass bereits wichtige Maßnahmen zum Schutz von Patient\*innen und Klient\*innen ergriffen werden, es dafür jedoch mehr Unterstützung insbesondere von kommunalen Verantwortlichen bedarf. Zudem müssen notwendige Sanierungsmaßnahmen im Innen- und Außenbereich der Einrichtungen durch verlässliche finanzielle Unterstützung ermöglicht und hitzebedingte Mehraufwände unbedingt in Vergütungsvereinbarungen abgebildet werden.

---

<sup>5</sup> Betsch, C., Eitze, S., Sprengholz, P. et al. (2022). Ergebnisse aus der Planetary Health ACTION SurvEy – PACE. Welle 5, Erhebung KW 25, Stand 01.07.22. [https://projekte.uni-erfurt.de/pace/files/PACE\\_W05.pdf](https://projekte.uni-erfurt.de/pace/files/PACE_W05.pdf); sowie: Matthies-Wiesler, F., Herrmann, M., Schulz, C. et al. (2021). The Lancet countdown on health and climate change policy brief für Deutschland. [https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2021/10/20211020\\_Lancet-Countdown-Policy-Germany-2021\\_Document\\_v2.pdf](https://www.klimawandel-gesundheit.de/wp-content/uploads/2021/10/20211020_Lancet-Countdown-Policy-Germany-2021_Document_v2.pdf)

<sup>6</sup> Der Anteil des deutschen Gesundheitswesens zu den landesweiten Treibhausgas-Emissionen liegt bei 5,2 Prozent (Karlner, J., Slotterback, S., Boyd, R. et al. (2020). Health Care's Climate Footprint. How the health sector contributes to the global climate crisis and opportunities for action. Hg. v. Health Care Without Harm. [https://noharm-global.org/sites/default/files/documents-files/5961/HealthCaresClimateFootprint\\_092319.pdf](https://noharm-global.org/sites/default/files/documents-files/5961/HealthCaresClimateFootprint_092319.pdf))

<sup>7</sup> Bundesministerium für Gesundheit. (2023). Hitzeschutzplan für Gesundheit des BMG. [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/H/Hitzeschutzplan/230727\\_BMG\\_Hitzeschutzplan.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/H/Hitzeschutzplan/230727_BMG_Hitzeschutzplan.pdf)

## **Der Paritätische fordert deshalb:**

### **1. Finanzierung von Hitzeschutzmaßnahmen sicherstellen**

Hitzeschutzmaßnahmen können mitunter sehr kostenintensiv sein. Da freigemeinnützige Organisationen, Einrichtungen und Dienste keine Gewinne erwirtschaften dürfen, gibt es zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen kaum Spielraum.

Um soziale Einrichtungen dabei zu unterstützen, sich auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten und entsprechende Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen, hat das Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) das Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“<sup>8</sup> (AnpaSo) aufgesetzt. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das Programm bietet jedoch keine Fördergarantien und umfasst ein deutlich zu geringes Fördervolumen. Ausgehend von der avisierten Summe für die aktuelle Förderrunde könnten lediglich etwa dreißig Projekte im Förderschwerpunkt 2, der eine maximale Fördersumme von 500.000 € je Antrag vorsieht, gefördert werden. Es zeigt sich, dass die Nachfrage deutlich höher ist.<sup>9</sup> Außerdem werden kleine Einrichtungen durch die aktuelle Förderrichtlinie benachteiligt, da im Auswahlverfahren Einrichtungen mit größeren Netzwerken und weitreichender Strahlkraft bevorzugt werden. Schnelle investive Maßnahmen, wie z. B. das Anbringen von Sonnensegeln, können gerade in Akutsituationen schnelle und effektive Abhilfe schaffen, werden jedoch ohne Vorlage eines umfassenden Konzeptes mit Fokus auf naturbasierte Maßnahmen gegenwärtig nicht gefördert. Ein gesonderter Förderschwerpunkt hierfür im AnpaSo-Förderprogramm ist aus unserer Sicht dringend zu empfehlen. Dies gilt es in der nächsten Förderrunde zu ändern.

Um die mit Hitzeschutzmaßnahmen in Verbindung stehenden Bedarfe, aber auch die personellen und finanziellen Mehraufwände auf Einrichtungsebene abzufedern, braucht es eine verlässliche, nachhaltige und unbürokratische Finanzierungsgrundlage, wie z. B. durch einen Fonds für gemeinnützige Einrichtungen zur Klimaanpassung und entsprechende angepasste Vergütungsvereinbarungen. Ferner zählen Klimaanpassungsmaßnahmen zu unausweichlichen Investitionskosten und sollten insofern von den Ländern mitgetragen werden. Aktuell zeigt sich, dass Länder beispielsweise bauliche Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen in der Regel im Rahmen der Investitionskosten nicht als betriebliches Erfordernis für Veränderungen anerkennen und die Finanzierung somit ablehnen. Hier muss ein Umdenken in den Ländern stattfinden.

In jedem Fall ist zu vermeiden, dass zusätzliche Kosten für hitzebedingte Mehraufwände auf Klient\*innen umverteilt werden. Bereits jetzt liegen z. B. die Eigenanteile der Pflegebedürftigen über dem durchschnittlichen Rentenniveau und bilden ein hohes Risiko für Armut im Alter.

### **2. Vielfalt der Betroffenen und der Einrichtungen berücksichtigen**

Beim Schutz vulnerabler Gruppen fokussiert sich der vorgelegte Hitzeschutzplan des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) vor allen Dingen auf Pflegeeinrichtungen. Der

---

<sup>8</sup> Weitere Informationen zum Förderprogramm: <https://www.z-u-g.org/anpaso/>

<sup>9</sup> Bei Informationsveranstaltungen zum Förderprogramm, wie z. B. des Förderträgers Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) oder des Paritätischen Gesamtverbands nahmen mehrere hundert Einrichtungen teil. Weitere Informationen zur Veranstaltungsreihe des Paritätischen: <https://www.der-paritaetische.de/themen/gesundheits-teilhabe-und-pflege/klima-und-gesundheit-hitzeschutz-in-sozialen-einrichtungen-und-diensten-staerken/>

avisierte Schutz älterer und pflegebedürftiger Menschen – so wie aktuell vom BMG vorgesehen – ist wichtig, jedoch sollten auch andere relevante Risikogruppen, wie z. B. Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder hitzesensible Symptomatiken, Säuglinge und Kinder, Schwangere, wohnungslose und armutsbetroffene Menschen noch stärker in den Fokus gerückt werden. Dahingehend ist zu hoffen, dass die im Hitzeschutzplan angekündigte Vergabe eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Erreichbarkeit vulnerabler Gruppen neue Aktivitäten zum Schutz unterschiedlicher Zielgruppen anstößt. Diese Vielfalt an Einrichtungen und Personengruppen muss bei Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des Hitzeschutzplans unbedingt stärker berücksichtigt werden (u.a. auch Einrichtungen der Teilhabe, Rehabilitation, Kinderbetreuung, Wohnungslosenhilfe, Selbst- und Suchthilfe, Beratung, Jugendhilfe sowie des Rettungswesens und Krankenhäuser). Im Hinblick auf Informationsangebote insbesondere für vulnerable Menschen ist auch zu berücksichtigen, dass Informationsmaterialien in unterschiedlichen Sprachen (z. B. in Arabisch, Türkisch, Gebärdensprache, Leichter Sprache) barrierefrei und niedrigschwellig zur Verfügung stehen müssen.

### **3. Kommunale Hitzeschutzpläne entwickeln – unter Beteiligung sozialer Einrichtungen**

Kommunale Hitzeaktionspläne sind noch nicht in ausreichendem Maße in allen Einrichtungen und Diensten des Sozial- und Gesundheitswesens bekannt bzw. wurden in vielen Kommunen noch nicht entwickelt. Insofern muss noch viel Aufklärung betrieben werden und auf allen Ebenen, aber insbesondere auf kommunaler Ebene mehr Kommunikation erfolgen, ebenso wie Partizipation. Kommunen sollten soziale Organisationen, Einrichtungen und Dienste stets mit in die Erarbeitung von Hitzeaktionsplänen einbinden, um insbesondere ihre Kompetenzen in der Arbeit mit vulnerablen Menschen in die Entwicklung von Maßnahmen einzubeziehen. Außerdem können Maßnahmen effektiver wirken, wenn alle relevanten Akteure aktiv an der Erarbeitung beteiligt werden und über diese Kenntnis haben.

Um Organisationen, Einrichtungen und Dienste des Sozial- und Gesundheitswesens im Umgang mit zukünftigen Hitzewellen zu unterstützen, bedarf es der Festlegung von Verantwortlichkeiten und Ansprechpersonen auf kommunaler Ebene, insbesondere in Notfallsituationen. Diese sollten im Rahmen der Entwicklung von kommunalen Hitzeaktionsplänen bestimmt und an die Einrichtungen kommuniziert werden. Der vom Bundeskabinett kürzlich verabschiedete Entwurf eines Klimaanpassungsgesetzes weist einen Weg in die richtige Richtung. Im Rahmen der Entwicklung von Klimaanpassungsstrategien auf Länderebene sowie Klimaanpassungskonzepten auf kommunaler Ebene sollen Hitzeaktionspläne unter Einbindung relevanter gesundheitlicher Akteure erarbeitet, Verantwortlichkeiten klar festgeschrieben und für die erfolgreiche Implementierung mit ausreichendem Budget für den Aufbau von Strukturen und die Umsetzung von akuten, mittel- und langfristigen Maßnahmen versehen werden. Hierfür bedarf es der Unterstützung der Kommunen durch die Länder und den Bund.

### **4. Ressortübergreifende Gesamtstrategie verankern**

Um Natur und Mensch vor den Auswirkungen zunehmender klimatischer Veränderungen zu schützen sowie die gesellschaftliche Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen zu stärken, braucht es eine langfristige und nachhaltige Gesamtstrategie, die die planetaren

Grenzen berücksichtigt. Denn gesunde Menschen kann es nur auf einem gesunden Planeten geben. Die Bundesregierung hat mit Verabschiedung des Klimaanpassungsgesetzes angekündigt, bis zum Herbst 2024 eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie zu entwickeln. Hitzeschutz ist dabei eine wichtige Maßnahme zur Klimaanpassung und tangiert Menschen in allen Lebenslagen und in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kontexten - z. B. im Arbeitsalltag, in der Schule und Kita sowie bei Freizeitbeschäftigungen. Darüber hinaus kann Hitze Einfluss auf die Energie- und Wasserversorgung oder den Bahn- und Straßenverkehr haben. Auch armuts- und sozialpolitische Aspekte sind bei der Entwicklung und Implementierung der Strategie zu berücksichtigen, sodass sich alle Menschen in Deutschland, unabhängig von der sozialen oder finanziellen Situation, ausreichend vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen können. Daher muss Klimaanpassung bzw. Hitzeschutz ressortübergreifend geplant und umgesetzt werden. Dahingehend sind die entsprechenden Ressorts nach den avisierten Clustern der Strategie zu beteiligen. Ferner sollten neben den Ländern und Kommunen auch relevante Verbände sowie die Wissenschaft bei der Strategieentwicklung umfassend partizipieren können.

### **Eine Frage der Gerechtigkeit**

Zur Stärkung der gesellschaftlichen, aber auch der wirtschaftlichen Klimaresilienz sollten Klimaschutz und Klimaanpassung stets zusammengedacht und immer auch unter Gerechtigkeitsaspekten betrachtet werden. Ziel einer sozial-ökologischen Wende muss sein, allen Menschen in Deutschland gleichermaßen ein klimafreundliches und gesundheitsförderliches Leben zu ermöglichen und soziale Ungleichheit abzubauen. Investitionsbedarfe aufgrund von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen werden steigen und müssen durch soziale, solidarische und gerechte haushalts- und steuerpolitische Maßnahmen gedeckt werden. Die politischen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass auch gemeinnützige soziale Organisationen in die Lage versetzt werden, entsprechende Maßnahmen umsetzen zu können. Es braucht hierzu ein entschiedenes politisches Handeln, jetzt.

Berlin, 27. September 2023

**Kontakt:** [hitzeschutz@paritaet.org](mailto:hitzeschutz@paritaet.org)